

1489 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Rechtsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 1. April 1976,  
betreffend einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und  
der Ungarischen Volksrepublik über die Auslieferung

Der Auslieferungsverkehr mit Ungarn erfolgte bisher auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, wobei sich in Einzelfällen Schwierigkeiten bei der analogen Anwendung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens (BGBl.Nr. 320/1959) bzw. der Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention (BGBl.Nr. 210/1958) und der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl.Nr. 55/1955) ergaben. Im Zusammenhang mit dem Abschluß eines österreichisch-ungarischen Rechtshilfevertrages in Strafsachen (1488 d.B.) erschien es zweckmäßig, auch die rechtlichen Beziehungen auf dem Gebiete der Auslieferung vertraglich zu regeln. Der am 25. Feber 1975 in Budapest unterzeichnete gegenständliche Auslieferungsvertrag sieht unter anderem vor, daß eine Auslieferung nur dann erfolgt, wenn eine strafbare Handlung nach dem Recht beider Staaten mit einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe bedroht ist oder die noch zu vollstreckende Strafe mindestens vier Monate beträgt. Ausgeschlossen soll die Auslieferung von Staatsangehörigen des ersuchten Staates und Personen sein, die Asyl genießen, sowie entgegen anderer völkerrechtlicher Verpflichtungen des ersuchten Staates. Ausgeliefert soll weiters nicht werden, bei politischen Straftaten und damit im Zusammenhang stehenden Handlungen, militärischen oder fiskalischen strafbaren Handlungen, Verjährung sowie zur Vollstreckung eines Abwesenheitsurteiles. Bei einer Auslieferung darf ferner die Todesstrafe nicht verhängt und die Ausnahmegerichtsbarkeit nicht angewendet werden.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Staatsvertrages die Erlassung besonderer Gesetze im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

- 2 -

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 6. April 1976 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 1. April 1976, betreffend einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Auslieferung, wird kein Einspruch erhoben

Wien, 1976 04 06

Dr. Anna D e m u t h  
Berichterstatter

Dr. R e i c h l  
Obmann